

Die Klimakrise ist längst da

Der Regen diesen September in Mali war extrem. Mehrere Tage regnete es große Mengen, täglich bis zu 80 Liter pro Quadratmeter. Unsere Region, das Office du Niger, ist ein Bewässerungsgebiet. Die Kanäle liefen über und es kam zu massiven Überschwemmungen. Diese Art Starkregen gab es vorher nicht im Office du Niger. In dem 100 Kilometer langen Landstrich, in dem unsere Gewerkschaft aktiv ist, entkam kein Dorf. Vergangenes Jahr passierte es das erste Mal, wodurch große Schäden entstanden sind. Und auch wenn die Behörden seitdem viele Kanäle repariert haben – gegen diese Fluten, die noch viel heftiger waren als letztes Jahr, kam nichts an. Die Gefahr einstürzender Lehmhäuser versetzte die Leute in Angst und Schrecken. Natürlich wurden alle in den Dörfern aktiv: Wälle aus Sandsäcken wurden gebaut, Abflusskanäle gegraben – denn oft haben die Dörfer keine –, Pumpmaschinen und Diesel organisiert. Diese Solidarität gab es auch zwischen den Dörfern. Trotzdem sind viele Häuser zerstört und die Leute verzweifelt. Auch bei mir war es schlimmer als letztes Jahr, als nur eine Mauer einstürzte. Dieses Mal traf es die rechteckige Hütte meiner Frau. Wasser floss rein und zerstörte sie teilweise. Daraufhin flüchtete meine Frau und ging zu ihrer Familie nach Timbuktu. Die sind wütend, denn sie finden, dass es meine Schuld gewesen sei. Von der Reisernte wurde ungefähr 40 Prozent zerstört, da der Reis es in dieser Phase trocken braucht – was auch sonst immer der Fall war. Auch Dünger wurde von den Feldern geschwemmt, sodass die Ernte sehr mager ausgefallen ist. Normalerweise gibt ein Hektar 60 bis 90 Säcke Reis, dieses Jahr waren es allerhöchstens 40. Damit können viele Familien die Schulden für den Düngerkredit nicht bezahlen und die Ernährung übers Jahr ist nicht gesichert. Und wir haben national wie international wenig Unterstützung. Wir bitten die europäischen Akteur:innen, sich für unsere Situation zu interessieren. Und auch Druck zu machen auf die Politik, damit diese extremen Klimaveränderungen stärker zur Kenntnis genommen und mehr Vorkehrungen getroffen werden.

Modibo Nabe ist in der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON aktiv

Afrique-Europe-Interact arbeitet fast ausschließlich ehrenamtlich. Der größte Teil unserer Spenden fließt in die Aktivitäten unserer Mitstreiter:innen in Mali, Niger, Tunesien, Guinea, Togo, Marokko und der DR Kongo. Unser Spenden-Motto lautet: Umverteilung praktisch angehen! →
Seite 4



Die Bewohner:innen des Dorfes Tikerre Moussa in Mali fordern Land- und Weideflächen (2016). Bis heute kommen die Interessen der Landbevölkerung in Westafrika zu kurz. [Foto: Dorette Führer]

Turbulente Zeiten in Westafrika

Trotz Protesten – alte Kräfteverhältnisse bremsen Aufbruchstimmung aus

Umstrittene Wahlen in der Elfenbeinküste und Guinea, Putsch in Mali, Proteste gegen Polizeigewalt in Nigeria – diese keineswegs vollständige Liste zeigt, dass Westafrika derzeit turbulente Zeiten durchläuft. Große Teile der Bevölkerung stehen ökonomisch unter massivem Druck, zumal weitere Probleme die generelle Krise verschärfen, insbesondere die Corona-Pandemie, die Gewalteskalation im Sahel und Überschwemmungen im Zuge des Klimawandels.

Umso irreführender ist es, unter Verweis auf die vielfältigen Proteste und Konflikte von einer Aufbruchstimmung zu reden, wie es hierzulande häufig geschieht. Denn die Lage ist viel zu widersprüchlich: Erstens, weil in vielen Ländern die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse keineswegs ins Wanken gekommen sind – trotz punktueller Verschiebungen wie der Entstehung einer gut ausgebildeten, aber schmalen Mittelschicht. Zweitens, weil sich Unzufriedenheit auch destruktiv äußern kann, etwa in stark zunehmendem Drogenkonsum, in Bandenwesen oder durch Mitgliedschaft in bewaffneten dschihadistischen Gruppen. Drittens, weil externe Kräfte positive Entwicklungen immer wieder blockieren. Hierzu gehören auch die EU und die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Wir möchten das an einigen Beispielen verdeutlichen, die unsere Arbeit im Laufe des Jahres geprägt haben:

Am 22. Februar 2020 fanden in Togo Präsidentschaftswahlen statt. Afrique-Europe-Interact hat den Wahlprozess intensiv beobachtet, auch mit einer europäischen Delegation vor Ort. Denn die Wahlen zeichneten sich durch einen besonderen Vorlauf aus: Zwischen 2017 und 2019 war es überall in Togo zu Massenprotesten gegen eine aber-

malige Kandidatur von Präsident Faure Gnassingbé gekommen. Der Amtsinhaber ist Teil einer Familiendynastie. Bereits sein Vater hat das Land von 1967 bis 2005 mit eiserner Hand regiert. Nach dessen Tod übernahm Faure Gnassingbé das Ruder. Bei Auseinandersetzungen nach den manipulierten Präsidentschaftswahlen 2006 wurden über 800 Menschen von Sicherheitskräften getötet. Im Zuge der jüngsten Massenproteste wollte die ECOWAS vermitteln, kam allerdings nicht weit: Im Mai 2019 beschloss das Parlament, dass es nur noch zwei Amtszeiten geben sollte, wie es die bereits 2002 suspendierte Verfassung vorsieht. Doch das Parlament beschloss zusätzlich, dass die bisherigen drei Amtszeiten von Faure Gnassingbé nicht angerechnet werden. Ähnlich absurd der Wahlkampf: Nur die Partei des Präsidenten verfügte über die nötigen Mittel, um einen echten Wahlkampf zu bestreiten. Zudem wurden Schuldirektor:innen angewiesen, bei Wahlkampfauftreten des Präsidenten die Schüler:innen zu den Versammlungsorten zu lotsen, um dem Präsidenten einen „warmen Empfang“ zu bereiten. Die Wahlen selbst waren von zahlreichen Unregelmäßigkeiten begleitet, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung berichtet. Dennoch sprach die ECOWAS von fairen Wahlen, obwohl nur 280 von 9000 Wahllokalen beobachtet wurden. Ähnlich die deutsche Bundesregierung: Sie gratulierte dem alten und neuen Präsidenten, der bereits in der ersten Runde mit offenkundig gefälschten 72,4 Prozent die Wahlen gewonnen haben soll. Eine Geste, mit der die Bundesregierung zugleich eine Überzeugung kassierte, die sie gegenüber Afrique-Europe-Interact in einem Brief am 14. Februar 2020 formuliert hatte. Danach

sei eine „detaillierte Veröffentlichung der Wahlergebnisse“ eine demokratische Selbstverständlichkeit. Doch genau dies ist nicht erfolgt: Statt aufgeschlüsselt nach Wahlbezirken wurden die Wahlergebnisse lediglich pauschal bekannt gegeben. Völlig anders fielen die Reaktionen aus, als am 19. August 2020 malische Militärs nach monatelangen Massenprotesten den ungeliebten Präsidenten Ibrahim Boubarcar Keita stürzten. Putsche haben in Westafrika eine unheilvolle Tradition, auch Mali wurde 1968 bis 1991 von einer Militärjunta im zivilen Mäntelchen regiert. Vor diesem Hintergrund war es durchaus konsequent, dass die ECOWAS den Putsch als Verletzung der verfassungsmäßigen Ordnung verurteilte und Sanktionen verhängte. Und doch war dieser Schritt politisch nicht nachvollziehbar.

Endlich die Interessen der breiten Bevölkerungsmehrheit ins Zentrum rücken

Denn 86 Prozent der Bevölkerung haben bei einer Umfrage im April erklärt, dass sich das Land in eine falsche Richtung entwickeln würde. Entsprechend stieß der Putsch in der Bevölkerung auf breite Zustimmung, was auch in westlichen Medien aufmerksam registriert wurde. Doch die ECOWAS lockerte die Sanktionen erst, nachdem die Putschisten Zugeständnisse in Punkto Übergangsregierung gemacht hatten – eine Haltung, die seitens der EU ausdrücklich unterstützt wurde.

Am 31. Oktober 2020 zeigte sich ein drittes Szenario. An diesem Tag wurde in der Elfenbeinküste Alassane Ouattara zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt. Ähnlich wie Gnassingbé in Togo hatte sich Ouattara die Option auf eine dritte Amtszeit mit einem juristischen Winkelzug erschlichen. Er argu-

mentierte, dass durch eine 2016 erfolgte Verfassungsreform seine bisherigen Amtszeiten verfallen seien. Vieles spricht dafür, dass dies kein von langer Hand geplanter Coup war. Als freilich im Juli der Präsidentschaftskandidat von Ouattaras Partei überraschend starb, griff Ouattara zu, angeblich, weil kein anderer Kandidat zur Verfügung stand. Die Opposition reagierte mit einem Boykott der Präsidentschaftswahlen. Doch international wurde die Wahl Ouattaras achselzuckend anerkannt, obwohl ihr ganz offensichtlich ein Bruch der verfassungsmäßigen Ordnung vorausgegangen war.

Für die Menschen in Westafrika sind Interessenpolitik und Doppelstandards nicht neu, wobei zwei Ebenen unterschieden werden sollten. Innerhalb der westafrikanischen Länder geht es in aller Regel um Macht und Einfluss. Denn Korruption und Vetternwirtschaft sorgen dafür, dass politische Ämter häufig als Sprungbrett für materiellen Wohlstand fungieren. Und das wiederum ist der Grund, weshalb die ECOWAS vielerorts als eine „Gewerkschaft der Präsidenten“ wahrgenommen wird. Demgegenüber lassen sich europäische Interessen nicht auf einen Nenner bringen. Hier geht es um Migrationspolitik, islamistischen Terror, Rohstoffe, Absatzmärkte oder einfach nur darum, dass einzelne Staaten als Stabilitätsanker im westlichen Sinne gelten – etwa die Elfenbeinküste unter dem Ex-IWF-Manager Ouattara. Angesichts solcher Vorgehensweisen dürfte einmal mehr deutlich werden, wie wichtig es ist, endlich die Interessen der breiten Bevölkerungsmehrheit ins Zentrum zu rücken und somit jene Bewegungen zu fördern, die wirklich für einen Neuanfang stehen. Etwa 2014 in Burkina Faso, als eine maßgeblich von Musiker:innen, Frauen und Jugendlichen getragene Protestbewegung den langjährigen Diktator Blaise Compaoré weitgehend gewaltfrei stürzte.

Fataler Kredit

Landgrabbing in Mali: BMZ verliert Elan

Im September 2014 hat der malische Unternehmer Modibo Keita von der Afrikanischen Entwicklungsbank (African Development Bank, AfDB) einen Kredit von 16,8 Mio. Euro für den Bau einer Lebensmittelfabrik in Ségou erhalten. Grundsätzlich ist das gut, damit Länder wie Mali unabhängiger von Lebensmittelpimporten werden. Auf der Investition liegt allerdings ein Schatten: In der Fabrik wird unter anderem Getreide verarbeitet, das auf Flächen angebaut wird, die Modibo Keita im Jahr 2010 den rund 60 Kilometer entfernten liegenden Dörfern Sanamadougou und Sahou abgenommen hat.

Vor diesem Hintergrund hat Afrique-Europe-Interact 2015 zusammen mit den beiden Dörfern eine offizielle Beschwerde bei der AfDB eingelegt. Zudem hat unser Netzwerk das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kontaktiert, da Deutschland 4,1 Prozent Anteile an der AfDB hält und daher über Mitspracherechte verfügt. Die anfänglichen Reaktionen waren eher verhalten. Doch 2016 hat die AfDB ein offizielles Prüfverfahren gestartet, was äußerst selten vorkommt.

Es folgten zwei einwöchige Untersuchungsreisen nach Mali, durchgeführt von international zusammengesetzten Teams der AfDB. Im Februar 2018 bestätigte die AfDB die Vorwürfe der Dörfer: Nachdem der malische Staat 2010 mit Modibo Keita einen Pachtvertrag über 7.400 Hektar abgeschlossen hat, ist es tatsächlich zur irregulären Konfiszierung von 886 Hektar Land gekommen, einschließlich schwerer Zerwürfnisse innerhalb der Dörfer. Zudem wurde bekanntgegeben, dass das AfDB-Management bei der Kreditvergabe gegen seine eigenen Richtlinien verstoßen hat. Denn die AfDB hätte sich bei der Prüfung des Kredits nicht nur auf die Fabrik konzentrieren dürfen. Vielmehr hätte auch die Lieferkette mit agrarischen Rohstoffen in den Blick genommen werden müssen, zumal das Bankmanagement 5 Monate vor Kreditabschluss über den Landkonflikt informiert wurde. Ergebnis war, dass sich die Bank zu einer Art Wiedergutmachung verpflichtete: Im November 2018 wurde ein detaillierter „Aktionsplan“ verabschiedet, der vorsieht, dass sich die Bank zumindest nachträglich für einen Kompromiss einsetzen möge: Danach sollen die Dörfer nicht nur finanziell entschädigt werden, sondern auch nahe gelegene Ersatzgrundstücke erhalten. Zudem soll Modibo Keita einen Teil des

geraubten Landes zurückgeben, auch deshalb, weil er bislang lediglich 2.500 der von ihm gepachteten 7.400 Hektar bearbeitet.

Auch 2019 und 2020 kamen Untersuchungsteams der AfDB nach Mali, um zu klären, ob bereits Fortschritte erzielt wurden. Dabei warb die AfDB einmal mehr für ihren eigenen Aktionsplan. Und das mit Erfolg. Alle Beteiligten stimmten zu, also die Dorfbewohner:innen (und mit ihnen Afrique-Europe-Interact), die malische Regierung, die zuständige Verwaltung und Modibo Keita. Allein: Es passierte nichts. Den Dörfern entging eine Ernte nach der anderen, immer mehr Menschen mussten wegziehen. Unterdessen bekundete das Bankmanagement im November 2020 Gesprächsinteresse mit Afrique-Europe-Interact. Denn Fakt ist: Das Management muss liefern, die Vorgaben des Aktionsplans sind verbindlich. Es folgte eine 4,5-stündige Telefonkonferenz, bei der sich Afrique-Europe-Interact erneut für die Einhaltung des AfDB-Aktionsplans als Minimalziel einsetzte. Umso unverständlicher ist, dass das BMZ in der Angelegenheit deutlich an Elan verloren hat. 2015 bis 2017 gab es viel Kommunikation. Damals hat Afrique-Europe-Interact mehrere Demos und Briefaktionen durchgeführt, die LINKE hat kleine Anfragen im Bundestag gestellt. Doch seitdem herrscht Funkstille: Unsere Briefe 2018, 2019 und 2020 wurden nicht mehr beantwortet – Anfang 2020 konnten wir mit viel Mühe ein Telefongespräch erreichen. In diesem Sinne fordern wir das BMZ ausdrücklich auf, am Ball zu bleiben. Denn jahrelange Verschleppung ist eine übliche Strategie von Agrobusiness-Konzernen und korrupten Verwaltungen, um die betroffene Bevölkerung zu zermürben.

Das aber sollte nicht passieren: Erstens, weil die Dörfer ohne Felder nicht überleben können. Zweitens, weil Landkonflikte eines jener Einfallstore sind, über die es dschihadistischen Gruppierungen unter anderem in Mali gelingt, sich in der Bevölkerung festzusetzen – auch wenn betont sei, dass sich die beiden Dörfer ausdrücklich von Dschihadisten distanzieren. Drittens, weil der bisherige Prozess durchaus erfolgreich war. Denn die Tatsache, dass die AfDB ihre eigene Kreditvergabe kritisiert und umfassende Aktivitäten in Mali an den Tag gelegt hat, dürfte bereits jetzt präventive Wirkung entfaltet haben. Im Klartext: Wir gehen davon aus, dass auf diese Weise Landgrabbing an anderer Stelle verhindert wurde.

Nähere Infos zu dem Landkonflikt finden sich auf unserer Webseite.



Dorfversammlung in Tikere Moussa in der Region Office du Niger in Mali, Februar 2016 [Foto: Dorette Führer]

„Wie auf einem Ameisenhaufen“

Stimmen aus Mali zur Sicherheitskrise im Sahel

Seit 2012 wird Mali von mehreren gewalttätigen Konflikten erschüttert. Begonnen hat es im Norden des Landes, 2015 hat sich die Krise ins Zentrum ausgeweitet, danach in die Nachbarländer Burkina Faso und Niger. An den bewaffneten Auseinandersetzungen sind dschihadistische und kriminelle Gruppierungen, Selbstverteidigungsmilizen und staatliche Sicherheitskräfte beteiligt.

Europa setzt vor allem auf eine militärische Lösung der Krise, insbesondere durch Antiterrorereinsätze und die UN-Friedensmission MINUSMA. Demgegenüber hat Afrique-Europe-Interact von Anfang an betont, dass es sich um ökonomische, politische, soziale und ökologische Konflikte handeln würde, die nicht militärisch gelöst werden könnten. Dennoch ist es zu kontroversen Debatten unter anderem mit der „Informationsstelle Militarisierung“ in Tübingen gekommen – nachzulesen auf unserer Webseite. Denn aus Sicht der malischen Mitglieder von Afrique-Europe-Interact kann derzeit auf Militär nicht gänzlich verzichtet werden. Da Stimmen aus dem Sahel in der europäischen Debatte relativ selten Gehör finden, haben wir drei unserer Mitstreiter:innen um kurze Statements gebeten – namentlich Alassane Dicko und Diory Traoré aus Bamako und Madou Diallo aus der Bewässerungsregion Office du Niger, die immer stärker von dschihadistischen Angriffen betroffen ist.

Allumfassende Unsicherheit

Alassane: Die Bedrohung wächst von Tag zu Tag. Bamako ist umzingelt, im Umkreis von 150 Kilometern gibt es aus allen Richtungen dschihadistische Attacken. Und in Bamako selbst werden tagtäglich Menschen angegriffen, ohne dass das aufgeklärt wird. Lebensmittel werden immer teurer oder erreichen die Stadt gar nicht mehr, weil Anbau und Transport durch den Krieg erschwert werden. Menschen auf dem Land wenden sich an Dschihadisten, weil sie vom Staat im Stich gelassen werden, aber effektive Konfliktregelung brauchen.

Diory: In Bamako haben wir Angst vor den Dschihadisten, doch auf dem Land ist es schlimmer. Viele fliehen in die Hauptstadt. Vor 2012 gab es keine Wohnungslosen in Bamako, aber über die Jahre sind es immer mehr geworden. Für Frauen mit Kindern ist es schwierig, weil sie nicht so leicht fliehen können. In Mali zu leben, ist so unerträglich geworden, wie auf einem Ameisenhaufen zu sitzen. **Madou:** Wir sind einer doppelten Not aus-

gesetzt. Starkregen hat unsere Reisernte zerstört und dann kam die Belagerung unserer Region durch die Dschihadisten hinzu. Wir können nicht mehr auf unsere Felder, uns steht eine Hungerkatastrophe bevor. Eine der beiden dschihadistischen Gruppen hier rekrutiert sich vor allem aus den Fulbe, den Viehhirten, zu denen ich mich auch zähle. Denn Fulfulde ist meine Muttersprache. Fulbe und Bambara sind eng miteinander verbunden. Wir reden uns scherzhaft mit „mein kleines Bäuerlein“ und „mein kleines Fulbechen“ an. Durch den Dschihadismus und den Kampf dagegen hat sich das Verhältnis drastisch verschlechtert.

Ausländische Truppen und die malische Armee

Diory: Die ausländischen Armeen stellen eine Bedrohung dar, weil wir nicht wissen, was deren Agenda ist. Dass sie uns nicht vor den Dschihadisten schützen, ist offensichtlich. Also muss es andere Beweggründe geben, warum sie weiterhin im Land sind. Frankreich hat seit 2012 alles dafür getan, dass die malische Armee geschwächt wird. Das verschafft der ehemaligen Kolonialmacht freie Hand. Das ganze Geld, das die Auslandseinsätze kosten, sollte in die malische Armee fließen. Und die ausländischen Truppen sollten das Land verlassen.

Madou: Wir glauben, dass keiner der militärischen Akteure eine Lösung für diesen Krieg bieten kann. Seit 2012 ist Frankreich aktiv, die G5-Sahel, MINUSMA, die malische Armee – nichts hat die Terroristen abhalten können, Angriffe und Tötungen haben sogar zugenommen.

Alassane: Ich habe die Beiträge von der Informationsstelle Militarisierung zum Bundeswehreinsetz mit Hilfe von Übersetzungsprogrammen verfolgt: Die Europäer:innen sollen aufhören, überall Deutungshoheit zu beanspruchen. Der Abzug ausländischer Truppen kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Und es ist auch nicht so, dass die Mehrheit in Mali das sofortige Verschwinden fordern würde. Niemand hat jemals ein Plakat „Etnische Truppen raus aus Mali“ hochgehalten. Die französische Präsenz hingegen wird eindeutig abgelehnt. Dabei geht es um die koloniale Geschichte und neokoloniale Machenschaften heute. Und um die Intransparenz, was die Einsatzkosten und Gegenleistungen der malischen Regierung angeht. Klar ist, dass die malische Armee die Arbeit machen muss. Aber unsere Armee kann uns derzeit nicht gegen Dschihadisten verteidigen. Deswegen ist Unterstützung von außen notwendig.

Staatliche Strukturen und Verhandlung mit Dschihadisten

Madou: Das Wichtigste für uns ist, dass die Sicherheit erhöht wird. Sie muss nicht nur in den Dörfern, sondern auch auf den Feldern gewährleistet werden. Seitdem die nahe Polizeistation in Sokolo überfallen wurde und 20 Gendarmen getötet wurden, ist sie nicht mehr besetzt und Dschihadisten können ungehindert in unsere Dörfer vordringen. Genau an diesem Ort braucht es unbedingt wieder eine große, vor Angriffen gesicherte Wache mit gut ausgerüsteten Polizisten und Soldaten, die sich in unserer Gegend auskennen und um unsere Sorgen wissen. Erst wenn Sicherheit einigermaßen gewährleistet ist, können Verhandlungen stattfinden. Dann sollte man sich mit den Anführern der Dschihadisten zusammensetzen. Denn Krieg kann keinen Krieg beenden.

Alassane: Militär allein kann nicht die Lösung sein, denn dschihadistische Überfälle wie kürzlich auf das Dorf Farabougou sind Ausdruck der Abwesenheit des Staates. Da gab es Konflikte um Land und Weidflächen und eine Seite hat sich an Dschihadisten gewendet. Für uns steht außer Frage, dass wir in Mali einen Staat brauchen, aber der Staat, so wie er heute besteht, ist ein großes Problem. Die Demokratie ist zu uns im neoliberalen Gewand gekommen, als kommerzialisierte Staat in der Hand von Leuten, die ihren Vorteil suchen.

Gesellschaftlicher Dialog und die Zukunft des Zusammenlebens

Diory: Nach dem Putsch im August wurden die korrupten Praktiken hoher Militärs aufgedeckt. Da ging es um Ressourcen, die unseren Soldaten im Einsatz fehlten. Auch im korrupten Justizwesen wurde etwas aufgeräumt. Aber die Probleme sind groß und können nicht innerhalb von Monaten gelöst werden.

Alassane: Was wir brauchen, ist grundlegender gesellschaftlicher Dialog, um innerhalb der breiten Bevölkerung die Perspektivlosigkeit und Fragen des Zusammenlebens anzugehen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist nicht erst seit 2012 in die Brüche gegangen, sondern seit dem Kolonialismus. Seitdem sind Verbindungen durch Grenzen und Spaltungen gekappt. Als zweiten Schritt sehen wir Bürgerversammlungen an, in denen die Bevölkerung mit politischen Parteien ins Gespräch kommt und so Staatlichkeit ins Interesse aller neu erdacht werden kann. Drittens muss über alternative staatliche Formen beraten werden, beispielsweise über regionale Autonomie oder Föderationen zwischen den Staaten.

Die Bevölkerung unterstützt Dschihadisten, weil diese bei Landkonflikten oder anderen Problemen aktiv werden. Dies zeigt, was im Sahel wirklich schief läuft.



Dorfversammlung in Sanamadougou, März 2015 [Foto: David Brown]

Willkür und Gewalt

Frauen auf den Migrationsrouten

2017 hat Afrique-Europe-Interact zusammen mit Basisinitiativen aus fünf afrikanischen Ländern das Alarmphone Sahara (APS) gegründet. Anfangs ging es vor allem um drei Zielsetzungen: Erstens Vermittlung von praktischen Informationen an Migrant:innen, die die Wüste durchqueren, zweitens öffentlichkeitswirksame Dokumentation der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in der Wüste und drittens Aufbau einer Rettungsinfrastruktur für Migrant:innen, die während der Wüstenpassage in Not geraten sind. Alle drei Bereiche haben in den letzten Jahren eine wichtige Rolle gespielt.

Gleichzeitig ist eine weitere Aufgabe dazugekommen, vor allem in Agadez, der berühmten Handelsstadt am Südrand der Sahara, wo das APS einen Info- und Anlaufpunkt für Migrant:innen aufgebaut hat. Denn Agadez hat sich zunehmend zu einem Hotspot für Migrant:innen entwickelt. Nicht nur für jene, die auf dem Weg Richtung Norden steckenbleiben, sondern auch für die große Zahl derer, die in der Wüste aufgehalten werden oder die mehr oder weniger unfreiwillig aus Algerien bzw. Libyen zurückkehren. Besonders schwierig ist die Situation für Frauen und Mädchen. Wir möchten daher von einigen Erfahrungen berichten, die Mitglieder des APS in jüngerer Zeit dokumentiert haben, auch per Videointerview:

Roukayat aus Nigeria ist 30 Jahre alt, sie arbeitete lange als Hausangestellte bei einer libyschen Familie in Tripolis, bis sie schwer erkrankte. Die Familie kümmerte sich nicht, daher entschied sich Roukayat, nach Nigeria zurückzukehren. Doch sie schaffte es nur bis Agadez. Das APS-Team fand sie völlig entkräftet in der Ecke einer Bus-Station – schwebend irgendwo zwischen Leben und Tod. Medizinische Untersuchungen ergaben, dass sie an Tuberkulose litt. Damit stand fest, dass sie nicht mit Unterstützung seitens der International Organisation of Migration (IOM) rechnen könnte. Stattdessen brachten sie Mitarbeiter des APS mit einem geliehenen Auto in die 700 Kilometer entfernte Millionenstadt Kano im Norden Nigerias, wo Roukayat von ihrer Familie in Empfang genommen wurde.

Joy lebt in Al-Baida im Nordosten Libyens. Die 38-Jährige kommt ebenfalls aus Nigeria. Als sie Anfang November zu einem Besuch nach Hause fahren wollte, bat sie ein Bekannter, die 14-jährige Bless mitzunehmen. Sie war wohl erst vor einigen

Tagen aus einem Lager in Sabha freigekommen, wo sie als Zwangsprostituierte arbeiten musste: „Als ich Bless zuerst sah, röchelte sie nur und konnte nichts sagen. Ich dachte, sie stirbt gleich. Doch ich war überzeugt, dass sie die Busreise nach Agadez schaffen würde. Erst nach einiger Zeit begann sie, ein bisschen zu reden. Sie erzählte, dass ihr Vater tot sei und ihre Mutter sie zum Geld verdienen weggeschickt habe. Jemand scheint sie dann in das Lager nach Sabha gebracht zu haben. Wie dünn sie ist und wie verstört! Die haben sie fertig gemacht. Mein Bekannter erzählte auch, dass unsere Mädchen in diesem Camp getötet würden. Ich wäre sehr glücklich, wenn das APS etwas dagegen tun könnte.“

Ansuma, Harachida und Goudé sind alle nigrische Staatsbürgerinnen, die zurzeit in einem Aufnahmelager in Agadez festsitzen. Sie gehören zu jenen über 8000 Migrant:innen, die Algerien seit September an die algerisch-nigrische Grenze mitten in der Wüste abgeschoben hat. Ansuma ist Witwe, sie hat neun Kinder. Sie ist in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Algerien aufgebrochen, doch es kam anders: „Eines Tages tauchten um 3 Uhr morgens Polizisten auf und brachten uns ins Gefängnis. Sie durchsuchten uns und wir mussten uns nackt ausziehen. Das war sehr beschämend. Dann raubten sie alles, was wir hatten. Wir waren fünf Tage dort, mit einer Schüssel Milch und einem Laib Brot für drei Personen am Tag, bevor sie uns abschoben.“ Auch Harachida berichtet, wie sie und viele andere in großen Viehtransportern nach Niger abtransportiert wurden, auch ihr sei alles abgenommen worden: „Sie sagten, es wäre auf Anordnung von unserer Regierung, damit wir nichts hätten, um wieder nach Algerien zurückzugehen. Aber wir haben in Niger sehr hohe Kosten, zum Beispiel für die Schule. Ich muss wieder nach Algerien, um etwas für meine Kinder hier in Niger tun zu können.“ Goudé ist mit ihrem Mann und ihren drei gemeinsamen Kindern nach Algerien gegangen, um Geld zu verdienen. Auch sie berichtet, wie sie willkürlich festgenommen wurde: „Ich war unterwegs, als plötzlich Polizisten auftauchten. Sie nahmen mich mit, danach wurde ich abgeschoben. Seitdem bin ich getrennt von meiner Familie. Ich werde nicht ruhig sein, bis ich wieder bei ihnen bin.“

Informationen zur Arbeit des APS: www.alarmphonesahara.info (englisch und französisch) oder www.afrique-europe-interact.net (deutsch)



Migrant:innen-Konferenz in Rabat/Marokko, organisiert von ARCOM & Rasthaus Baobab, 2018 [Afrigue-Europe-Interact]

Europa als letzter Ausweg

Interview: Migrantinnen in Marokko während der Corona-Pandemie

Emmanuel Mbolela ist Mitglied von Afrique-Europe-Interact und lebt in Frankreich. Seit 2015 ist er Koordinator des Rasthauses „Baobab“ für geflüchtete Frauen in der marokkanischen Hauptstadt Rabat. Emmanuel Mbolela ist Autor des Buches „Zwischen Widerstand, Flucht und Exil. Mein Weg von Kongo nach Europa“, das mittlerweile in 5 Sprachen vorliegt. Das Interview basiert auf mehreren Telefongesprächen.

Wie hat sich die Corona-Pandemie in Marokko seit März entwickelt?

Zu Beginn der Corona-Pandemie waren die Infektionszahlen in Marokko relativ niedrig. Mit den Grenzsicherungen und strikten Einschränkungen des öffentlichen Lebens konnte der marokkanische Staat im Frühjahr eine Ausbreitung des Virus verhindern. Doch jetzt in der zweiten Welle scheint die Situation aus dem Ruder zu laufen. Die Zahl der Kranken und Toten steigt von Tag zu Tag.

Was bedeutet die Pandemie für Migrant:innen, die in Marokko im Transit sind?

Für die Migrant:innen bedeutet diese Pandemie ein weiteres Kapitel in der langen Liste ihres alltäglichen Leidens. Bei den staatlichen Maßnahmen zum sozialen Schutz der Bürger:innen wurden sie vergessen. Wie auch vor der Corona-Krise sind die Migrant:innen in Marokko sich selbst überlassen. Die kleinen und prekären Arbeiten, von denen sie vor der Krise gelebt haben, können sie momentan nicht mehr verrichten. Manche haben kaum genug Geld, um Essen zu kaufen. Andere haben ihr Zuhause verloren, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können. Diese Situation zwingt Menschen dazu, ihr Leben bei einer Überfahrt nach Europa zu riskieren. Viele Migrant:innen sind in dieser schwierigen Zeit gestorben. Nicht an Covid-19, sondern bei der Überquerung des Meeres. Darüber wird in Europa zu wenig gesprochen.

Aktuell versuchen viele Migrant:innen Europa über den Seeweg zu den Kanarischen Inseln zu erreichen. Laut IOM sind seit Jahresbeginn mindestens 414 Menschen auf den Migrationsrouten im Atlantik gestorben. Warum begeben sich Menschen auf diese gefährliche Reise?

Angeichts des Mangels an Perspektiven und der Ungewissheit, wie es weiter geht, würden die meisten Menschen das Gleiche zu tun. Die Menschen sind verzweifelt und hoffen darauf, dass sie ihre Situation verändern können, wenn sie nach Europa kommen. Dass immer mehr Migrant:innen versuchen, zu den Kanarischen Inseln zu gelangen, ist auch eine Reaktion darauf, wie schwierig es geworden ist, über den

Norden Marokkos aufs spanische Festland zu gelangen. Der Ausbau der Grenzanlagen, staatliche Repressionen und nicht zuletzt die europäische Politik der Vorverlagerung des Grenzregimes nach Nordafrika sind dafür verantwortlich.

Die EU möchte die Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften in den nordafrikanischen Transitländern ausbauen, um die Migration nach Europa zu begrenzen. Lassen sich Migrant:innen durch verstärkte Kontrollen aufhalten?

Migrationskontrollen und Repressionen führen lediglich zu einer Anpassung der Migrationsrouten und drängen Migrant:innen dazu, gefährlichere Routen einzuschlagen. Dies gilt für die Überquerungen im Mittelmeer und im Atlantik, genauso wie für die Migrationsrouten durch die Wüste. Trotz aller Repressionen und Gefahren kommen jeden Tag neue Migrant:innen nach Marokko, mit dem Ziel, Europa zu erreichen. Deutlich zugenommen hat dabei in den letzten Jahren die Zahl der Minderjährigen und der Frauen in Begleitung kleiner Kinder.

Die ARCOM betreibt in Rabat das Rasthaus „Baobab“ für geflüchtete Frauen. Wie ist die Idee dazu entstanden?

Auf meiner Flucht habe ich mehrere Jahre in Marokko verbracht. Dort habe ich erlebt, wie schwierig die Lage für Migrantinnen ist, die sich auf den Weg nach Europa machen. Die Probleme gab es ja schon vor der Corona-Krise. 2005 haben wir die ARCOM gegründet, um die Rechte von Migrant:innen in Marokko zu verteidigen. Im Kontext von Afrique-Europe-Interact ist dann vor etwa sechs Jahren die Idee entstanden, in Marokko eine Struktur aufzubauen, die praktische Hilfe für Migrantinnen in Notsituationen bietet. Daraus hat sich dann das Rasthaus entwickelt, auch durch weitere Unterstützer wie die NGO medico international.

Wie erfahren die Frauen von dem Rasthaus? Wie kommen Sie zum Baobab?

In den meisten Fällen erfahren die Frauen durch andere Migrant:innen vom Rasthaus. Viele sind erst kürzlich in Marokko angekommen und haben keinen gesicherten Schlafplatz. Immer wieder passiert es, dass die marokkanische Polizei an den Aufenthaltsorten von Migrant:innen Razzien durchführt. Bei diesen Aktionen zerstören die Polizisten oft das Eigentum der Migrant:innen oder nehmen ihnen alles weg. Andere Frauen im Baobab haben vorher in marokkanischen Familien als Hausangestellte gearbeitet und dort wie moderne Sklavinnen geschuftet. In diesen Notlagen hören die Frauen vom Rasthaus. Wir arbeiten auch mit der Caritas zusammen,

die ebenfalls Migrantinnen zu uns schickt.

Aus welchen Ländern kommen die Frauen und wie kommen sie nach Marokko?

Die Frauen, die im Baobab unterkommen, sind eigentlich auf dem Weg nach Europa. Sie kommen aus verschiedenen Ländern südlich der Sahara, unter anderem Mali, Guinea, Côte d'Ivoire, DR-Kongo und Burkina Faso. Die große Mehrheit der Frauen reist über Niger und durchquert die Wüste Richtung Norden nach Algerien. Anschließend reisen sie weiter nach Marokko. Andere Frauen reisen über Mauretanien.

Was sind die größten Risiken, denen Frauen unterwegs ausgesetzt sind?

Die Reise ist für Männer wie Frauen mit großen Risiken verbunden. Doch für Frauen sind die Gefahren doppelt so groß. Sie werden häufiger ausgeraubt. Viele werden Opfer von Gewalt. Nahezu alle Frauen in unserem Rasthaus haben auf ihrer Reise sexualisierte Gewalt erfahren.

Welche Unterstützung bekommen die Frauen im Rasthaus?

Das Baobab ist für die Frauen zunächst einmal ein sicherer Ort, an dem sie zur Ruhe kommen können. Der Aufenthalt ist eigentlich auf drei Monate begrenzt. Immer wieder müssen wir von dieser Regelung abweichen, etwa wenn eine Frau kurz vor der Entbindung steht oder gerade ein Kind zur Welt gebracht hat. Im Rasthaus erleben wir, dass es für die Frauen sehr schwierig ist, über ihre Gewalterfahrungen zu sprechen. Generell gibt es in Marokko kaum psychologische Betreuungsstrukturen für Betroffene sexualisierter Gewalt. Wir versuchen die Frauen bei der Bewältigung des Alltags in Marokko unterstützen. Neben Unterkunft, Verpflegung und medizinischer Grundversorgung erhalten die Frauen auch Zugang zu Alphabetisierungskursen und Berufsqualifizierungsangeboten.

Welche Perspektiven haben die Migrantinnen in Marokko? Was machen die Frauen nach der Zeit im Rasthaus?

Leider ist es so, dass ihre Situation sehr schwierig bleibt. Manche finden eine Beschäftigung als Hausangestellte in einer marokkanischen Familie. Aufgrund der Pandemie gelingt das aber momentan nur den Allerwenigsten. Andere Frauen müssen am Straßenrand betteln, um über die Runden zu kommen. Wer Glück hat, findet zumindest eine Unterkunft, das heißt die Frauen teilen sich ein Zimmer mit zwei, drei oder auch fünf anderen Migrantinnen. Die Mehrheit der Frauen versucht über das Meer nach Europa zu kommen, trotz aller Risiken, die damit verbunden sind. Sie haben kaum andere Optionen.

Europa spricht von Menschenrechten, aber durch die Vorverlagerung der EU-Außengrenzen werden die Routen immer länger, schwieriger und lebensgefährlicher.

Soli-Küchen in Agadez & Rabat

Gesundheitlich sind die afrikanischen Länder besser durch die Corona-Krise gekommen als anfangs befürchtet. Doch die ökonomischen und sozialen Auswirkungen sind katastrophal.

Und auch auf den Flucht- und Migrationsrouten hat sich durch Corona die Situation massiv verschlechtert: Teils, weil die Leute wegen geschlossener Grenzen weder vorankommen noch in ihre Herkunftsländer zurückkehren können (wie zum Beispiel in Niger), teils weil ihnen Verdienstmöglichkeiten im Transit weggebrochen sind (wie zum Beispiel in Marokko). Vor diesem Hintergrund hat das Alarmphone Sahara in Agadez begonnen, einmal wöchentlich Migrant:innen zum

Essen einzuladen. Dabei geht es nicht um Massenabfertigung, sondern darum, kleinen Gruppen eine wirklich gute Mahlzeit anzubieten. Und es geht um Austausch – sowohl darum, was die Migrant:innen erlebt haben, als auch um nützliche Informationen für die weitere Reise, etwa Unterstützungsstrukturen wie das Watch The Med Alarmphone, das Notrufe von Booten im Mittelmeer entgegennimmt (www.alarmphone.org). Diese Solidarität im Transit ist für Afrique-Europe-Interact unverzichtbar. Deshalb möchte das Rasthaus Baobab in Rabat ebenfalls mit einer regelmäßigen öffentlichen Migrant:innen-Küche beginnen. Auch dafür sammeln wir Spenden (vgl. S. 4).

„Gefühl, nicht akzeptiert zu sein“

Riadh Ben Ammar über Dschihadismus und EU-Migrationspolitik

Riadh Ben Ammar ist Aktivist und Theater-schauspieler (siehe Infobox). 2000 bis 2006 lebte er in einem Flüchtlingslager in Mecklenburg-Vorpommern. 2010 war Riadh Ben Ammar in Mali an der Gründung von Afrique-Europe-Interact beteiligt.

Am 21. Oktober 2020 wurden in Nizza bei einem dschihadistischen Anschlag drei Menschen getötet. Wie schon bei anderen Anschlägen in den vergangenen Jahren ist der Tatverdächtige ein junger Tunesier. Wie groß ist die dschihadistische Bewegung in Tunesien?

Seit der Revolution 2010/11 ist die Bewegung der Salafisten immer stärker geworden und mittlerweile ein großes Thema. Bis 2011 saßen Tausende von ihnen als Gegner des Diktators Ben Ali in den tunesischen Gefängnissen. Im Zuge der Revolution kamen sie frei und erklärten die Revolution zu einer islamischen Revolution. In der Folge ist die gesamte Bewegung sehr stark geworden.

Wie kommt es, dass sich so viele junge Leute in Tunesien dem Dschihadismus anschließen?

Dschihadismus hat sehr viel mit Depression und Perspektivlosigkeit zu tun. Viele junge Leute in Tunesien haben die Lust am Leben verloren. Ein Grund ist die schlechte wirtschaftliche Lage. Und trotzdem dürfen wir nicht vergessen, dass dschihadistisch motivierte Anschläge auch von wohlhabenden jungen Leuten verübt werden. Der letzte Anschlag in Tunesien vor wenigen Monaten wurde zum Beispiel von zwei jungen Männern verübt, die aus einer reichen Familie kamen. Nicht nur wirtschaftliche Gründe sind ausschlaggebend für die Radikalisierung, sondern es ist eine Kombination aus mehreren Faktoren.

Welche sind das aus deiner Sicht?

Die geschlossene EU-Außengrenze spielt eine wichtige Rolle. Denn für die jungen Leute ist es entscheidend, dass sie sich an ihren Lebensorten zugehörig fühlen. Als Tunesier:innen gehören wir zum Mittelmeerraum und das Mittelmeer ist Teil unserer Identität. In den 1960er Jahren bis Anfang der 1990er hatten wir durch die Bewegungsfreiheit viel Austausch mit unseren Nachbarn. Diese Begegnungen und die Bewegungsfreiheit machten die tunesische Gesellschaft zu einer offenen Gesellschaft. Jetzt sind wir ausgegrenzt aus dem Mittelmeerraum und die tunesische Gesellschaft ist sehr verschlossen. Der Mangel an Bewegungsfreiheit führt dazu, dass die jungen Menschen nicht mehr an das Leben glauben und in Perspektivlosigkeit versinken. Ein weiterer Grund ist die Kriminalisierung der jungen Leute. Aktuell landen viele von ihnen bereits für vergleichsweise kleine Vergehen in Tunesien im Gefängnis.

Welche Rolle spielen Gefängnisaufenthalte bei der Radikalisierung?

Die Gefängnisse sind wichtige Orte für die Mobilisierung von Dschihadisten. Wenn du junge Männer in die Gefängnisse sperrst, dann werden sie sich dort in ihrem Glauben radikalieren. Auch in der EU landen viele junge Tunesier, die in Lampedusa ankommen, später in den Gefängnissen. Denn die Perspektivlosigkeit und geringe Chancen auf ein Bleiberecht drängen sie in die Kriminalität.

Nach jedem islamistisch motivierten Terroranschlag gibt es in der EU laute Rufe nach mehr Abschiebungen. Wie stehst du zu dieser Forderung?

Die Abschiebepolitik setzt die nordafrikanische Diaspora hier in Deutschland sehr stark unter Druck. Die Menschen fühlen sich nicht willkommen, sondern bedroht von Abschiebungen. Sie sind ständig in der Illegalität unterwegs

und haben viel Polizeikontakt. Ein gutes Beispiel ist der Fall des Tunesiers Anis Amri. Bevor er den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt verübte, stellte er sich deutschlandweit den Behörden mit unterschiedlichen Namen vor, war auch in anderen EU-Staaten als Papierloser unterwegs und saß im Gefängnis. Das ist keine ungewöhnliche Lebensrealität von Nordafrikaner:innen in der EU. Eine Verschärfung der Abschiebepolitik führt nur zu einer Vergrößerung des Problems. Abgeschobene sind besonders gute Kandidaten für den Dschihadismus. Denn sie bekommen das Gefühl, in dieser Welt nicht akzeptiert zu sein und entscheiden sich, in einer anderen Welt zu leben.

Und dann finden die Menschen im Dschihadismus einen Ausweg aus dieser schwierigen Situation?

Das Leben in der Illegalität und die Kriminalität sind eine große mentale Belastung. Das alles spielt psychologisch eine Rolle, wenn du dich irgendwann für den Dschihadismus und im Austausch mit den anderen radikalen Gläubigen erfahren viele Menschen, die hier diskriminiert werden, eine Solidarität. Dann sind sie bereit zu verstehen, dass die Ungläubigen das Problem sind und diese sie abschieben wollen.

Wie erlebst du die Diskussionen über das Thema Dschihadismus in der nordafrikanischen Diaspora in Deutschland?

Die meisten Nordafrikaner:innen sind gegen den Dschihadismus. Aber wenn wir über das Thema sprechen, dann vertiefen wir die Diskussion zu wenig. Die nordafri-

kanische Gesellschaft erlebt hier in den vergangenen Jahren eine Art Depression. Wir erfahren sehr viel Diskriminierung, zum Beispiel in der „Nafri“-Debatte. Viele denken über uns, dass wir sehr schlimme Menschen sind. Gleichzeitig merken wir, dass wir nicht gut organisiert sind. Wir reagieren nicht, wenn die Deutschen entscheiden, uns abzuschicken oder diskriminierende Artikel über uns schreiben. Problematisch ist, dass hier nur die Islamisten politisch gut organisiert sind.

Und was braucht es für eine bessere Organisierung?

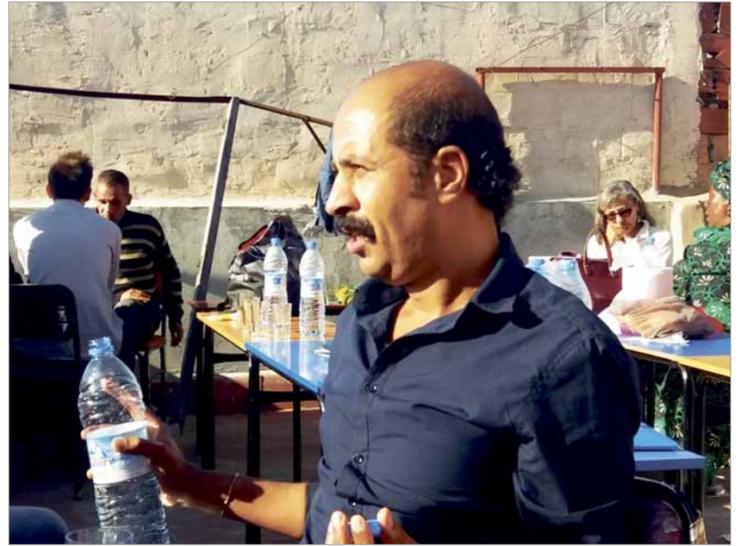
Unser großes Problem hier in Deutschland ist, dass die nordafrikanische Community wenig Räume hat. Auch die nordafrikanisch geführten Cafés bieten diesen Raum nicht. Denn da sitzen wir in kleinen Gruppen und diskutieren nie in großen Runden. Dafür bräuchte es andere Räume. Hier in Köln haben wir eine große Community von Nordafrikaner:innen, aber gerade für die jungen Menschen gibt es kein kulturelles Angebot. Es gibt kaum Initiativen und kein kulturelles Zentrum. Das fehlende Angebot führt dazu, dass sich viele junge Leute - egal, ob hier geboren oder in den letzten Jahren eingewandert - dann anderen Dingen zuwenden. Wir haben keine andere Wahl. Gegenüber der alltäglichen Diskriminierung müssen wir uns organisieren und mit Kunst, Musik und Theater antworten. Deswegen versuche ich mit meinem Theaterstück über die Situation der Nordafrikaner:innen hier aufzuklären.

Und wie kann die religiöse Radikalisierung der jungen Leute in Tunesien bekämpft werden?

Ein wichtiger Lösungsansatz wäre die Öffnung der EU-Außengrenze. Tunesien muss wieder Teil des Mittelmeerraums werden, damit wir frei reisen können. Nur so kann die tunesische Gesellschaft wieder eine offene Gesellschaft werden, die auch andere Meinungen und Lebensweisen akzeptiert. **Was entgegnest du denjenigen, die behaupten, dass im Falle einer Öffnung der EU-Außengrenze zu viele Menschen nach Europa kommen?**

Wenn Menschen unbedingt nach Europa kommen wollen, dann kommen sie auch jetzt schon hierher. Das gilt auch für die Islamisten. In den ersten Monaten nach der Grenzöffnung würden viele Menschen hin- und herreisen. Denn man darf nicht vergessen, dass viele, die seit Jahren ohne Papiere in Europa leben, dann wieder zurückkehren könnten. Sie wüssten ja, dass sie die Möglichkeit hätten, jeder Zeit nach Europa zurückzukehren.

Tunesien muss wieder Teil des Mittelmeerraums werden



Riadh Ben Ammar bei der Migrant:innen-Konferenz von ARCOM und Rasthaus Baobab in Rabat (Marokko), 2018 [Foto: Olaf Bernau]



Riadh Ben Ammar bei Demo von Afrique-Europe-Interact gegen den Valletta-Prozess in Berlin, 2016 [Foto: Marc Mennigmann]



Riadh Ben Ammar bei der von Afrique-Europe-Interact mitorganisierten Konferenz zu Migration, Entwicklung und ökologischer Krise in Leipzig, 2017 [Foto: Julia Daiber]

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein transnational organisiertes Netzwerk, das 2010 auf Initiative malischer Gruppen gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist:innen u.a. in Mali, Niger, Togo, Guinea, DR Kongo, Marokko, Tunesien, Deutschland, Österreich, Frankreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche Geflüchtete, Migrant:innen und Abgeschobene. AEI organisiert Solidarität auf den Flucht- und Migrationsrouten und kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik. Zugleich unterstützt AEI praktische Kämpfe für soziale Gerechtigkeit und Demokratie in afrikanischen Ländern. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wir arbeiten gerne in Bündnissen oder kommen zu Vorträgen u.ä.

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

TWITTER: @AE_INTERACT

FACEBOOK: AFRIQUE EUROPE INTERACT

MAIL: INFO@AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET VGL. ZUDEM WEBSEITE

TELEFON: +49 (0) 151 / 525 27 776

THEATER-TIP

Riadh Ben Ammar – Aktivist bei Afrique-Europe-Interact und Theaterschauspieler (siehe oben) – bietet Theateraufführungen an, live oder als Stream. Sein aktuelles Stück heißt „Falle“ und ist eine Geschichte über die geschlossenen EU-Außengrenzen und ihre Missverständnisse. Denn auch die Katzen im Hafen von Tunis oder Tanger träumen von Europa.

Kontakt:
theaterfuerbewegungsfreiheit@gmail.com

FILM-TIP

Richard Fouofié Djimeli ist Geflüchteter aus Kamerun und Aktivist. Er arbeitet als Schauspieler und Filmemacher. Anfang 2021 wird sein nächster Film „Die vergessenen Migrant:innen“ erscheinen. Es geht um zirkuläre Migration in Westafrika. Dafür hat Richard in Mali einen Fischer, einen Markthändler, einen Bauer und eine Allround-Aktivistin begleitet.

Kontakt: info@afrique-europe-interact.net

IMPRESSUM & INFOS

Texte: Daniel Bendix, Olaf Bernau, Dorette Führer, Moritz Galen, Phillip Koller

Bestellung Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu.

Beilage taz, analyse & kritik, Jungle World und Graswurzelrevolution

Newsletter Wir veröffentlichen ein- bis zweimal pro Monat einen Newsletter. Bei Interesse bitte über unsere Mailadresse bestellen.

Veranstaltungen Bei Interesse gerne an uns herantreten.

V.I.S.D.P. Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen

Förderung Die Arbeit von AEI bzw. diese Zeitung wird unterstützt von:

Rewegungs-
stiftung
Anstöße für soziale Bewegungen

SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine fast ausschließlich ehrenamtliche Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Dabei können Spenden konkreten Projekten zugedacht werden (ggf. bitte angeben) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren. Konkret sammeln wir derzeit für folgende Aktivitäten Geld: **Erstens** für unsere Aktivitäten im Bereich bürgerliche Selbstorganisation in Mali; **zweitens** für das Alarmphone Sahara und andere Aktivitäten im Bereich Migration; **drittens** für die Unterstützung des Sozialen Zentrums von AEI in Bamako; **viertens** für das Rasthaus in Rabat; **fünftens** für das ökologische Künstler:innendorf in Guinea; **sechstens** für Projekte im Bereich selbstbestimmter Entwicklung; **siebtens** für unsere Aktivitäten zu Togo und Kamerun; **achtens** für unsere Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit in Europa.

Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)

Unsere Kontoverbindung (alternativ: online per Lastschriftinzug)

Name Globale Gerechtigkeit e.V.

Kontonummer 2 032 237 300

Bank GLS Gemeinschaftsbank

BLZ 430 609 67

IBAN DE67 4306 0967 2032 2373 00

BIC GENODEM1GLS